



DIE LINKE
Kreistagsfraktion Euskirchen
Jülicher Ring 32
53879 Euskirchen
Tel.: 02251/15925
Fax: 02251/15924

Linke.Kreistagsfraktion@kreis-euskirchen.de
www.dielinke-kreistagsfraktion-euskirchen.de

STELLUNGNAHME

Euskirchen, 10. August 2020

Umweltpolitische Forderungen des AK „Natürlich.Mechernich“ im NABU Kreis Euskirchen zur Kommunalwahl 2020

Wir sehen als LINKE eine große Übereinstimmung zwischen unserer Politik und den umweltpolitischen Forderungen des NABU und möchten uns für eine Umsetzung einsetzen. Insbesondere begrüßen wir die Formulierung konkreter Forderungen an die Politik, da sich unserer Erfahrung nach die Umweltpolitik auch auf kommunaler Ebene zu oft in der Abfassung abstrakter Masterpläne, Leitbilder und Gutachten erschöpft.

Zu den einzelnen Bereichen der umweltpolitischen Forderungen nehmen wir wie folgt Stellung:

I. Schutz der Biodiversität und Artenvielfalt

Besonders die Agrarwirtschaft besitzt im ländlichen Raum eine hohe Verantwortung für den Schutz von Biodiversität. LINKE Kommunalpolitik hat zum Ziel, dass Agrarpolitik sozial, ökologisch und am Tierwohl orientiert ist. Dem Naturschutz und dem Schutz der Artenvielfalt kommt durch die Folgen des menschengemachten Klimawandels eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen daher die Forderung des NABU, im Kreis Euskirchen den Einsatz von Pestiziden deutlich zu reduzieren. Kommunen und Kreis müssen auf eigenen Flächen auf einen Einsatz ganz verzichten und auch bei der Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen ist durch die Änderung der Pachtverträge mittelfristig eine Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung der Felder anzustreben und durchzusetzen.

II. Der Wald – wichtiger Verbündeter im Kampf gegen den Klimawandel

Wir setzen uns als LINKE für eine naturnahe Bewirtschaftung der Wälder als standortangepasste Mischwälder ein und begrüßen deshalb entsprechende Forderungen des NABU. Aufgrund der hohen ökologischen Bedeutung darf der Wald nicht dem kurzfristigen Gewinnstreben und der reinen Verwertungslogik der Holzwirtschaft unterworfen werden. Auch eine Personalverstärkung der Forstämter halten wir zur Pflege und Aufforstung der geschädigten Wälder für geboten. Eine jagdrechtliche Befriedung von Privatwäldern muss zudem im Kreis leichter möglich sein als in der Vergangenheit.

III. Reduzierung der Stickstoffüberschüsse

Der Gülleeintrag auf die Felder muss regelmäßig – und nicht nur nach Beschwerden von Anwohnerinnen und Anwohnern – durch die kommunalen Verwaltungen kontrolliert werden. Die Forderung nach einer verbindlichen Quote für Bio- und regionale Nahrungsmittel zum Beispiel auch in Schulen und Kindergärten und den öffentlichen Kantinen halten wir für eine gute Idee, in anderen Kommunen wird dies auch bereits umgesetzt. Mittelfristig sollte eine komplette und sozial verträgliche Versorgung über Bioprodukte angestrebt werden.

IV. Anpassung an den Klimawandel

Wir sind als LINKE davon überzeugt, dass Klimaschutzpolitik und Anpassung an den Klimawandel ohne die aktive Beteiligung der Kommunen nicht möglich ist. Davon sind nahezu alle kommunalen Politikfelder betroffen: von der Energieversorgung über die Wirtschaftsförderung, den öffentlichen Personennahverkehr, das Grün- und Waldflächenmanagement, die Wohnraumsanierung bis hin zu städtebaulichen Konzepten und der Einflussnahme auf die regionale Wirtschaftsstruktur. Auch das in den Forderungen problematisierte Absinken des Grundwasserspiegels ist ein Thema, das auf der kommunalen Ebene noch nicht genug im Bewusstsein von Politik und Verwaltung verankert ist. Das zeigt die aktuelle Dringlichkeitsentscheidung des Kreistags zur Bohrung von bis zu drei neuen Tiefbrunnen im Landschaftsschutzgebiet Bad Münstereifeler Tal, die wir im Gegensatz zur Mehrheit der Fraktionen nicht mitgetragen haben. Darüber hinaus finden wir ebenfalls, dass sich der Kreis nicht an klimaschädlicher Politik von Unternehmen wie RWE beteiligen darf und haben bereits in der laufenden Ratsperiode den Verkauf der kreiseigenen RWE-Aktien beantragt, was jedoch von fast allen übrigen Fraktionen im Kreistag abgelehnt wurde.

V. Klimaneutraler Kreis Euskirchen und naturverträglicher Ausbau erneuerbarer Energien

Wir stehen als LINKE zu einem deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien – insofern sind wir skeptisch, was ein komplettes Verbot von neuen Windenergieanlagen in Wäldern angeht. Klar ist jedoch, dass die Belange des Artenschutzes gerade in den sensiblen Bereichen wie im Kreis Euskirchen vor Investoren geschützt werden müssen. Es ist besorgniserregend, wenn darauf von Seiten des Kreises, wie offenbar im Fall des Windparks Dahlem IV, nur unzureichend geachtet wird. Wir wünschen uns deshalb prinzipiell zum Schutz vor reiner Profitorientierung auf Kosten des Arten- und Landschaftsschutzes eine dezentrale Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen wie Windkraft und Solarenergie in der Hand der Bürgerinnen und Bürger. Dies soll durch kommunale Stadtwerke oder mit Genossenschaften sichergestellt werden. Das Thema ÖPNV ist für uns als LINKE mit am wichtigsten, wenn es um die Erreichung der Klimaneutralität für den Kreis Euskirchen geht. Nur durch massive Investitionen in einen Ausbau und eine engere Taktung der bestehenden Verbindungen für Bus & Bahn und den Ausbau und Schutz des Radwegenetzes können wir hier eine echte Verkehrswende erreichen. Perspektivisch fordern wir einen steuerfinanzierten und fahrscheinlosen ÖPNV, um die Attraktivität und die Akzeptanz des öffentlichen Nahverkehrs für alle zu erhöhen.

VI. Reduzierung des Flächenverbrauchs

Wir stehen als LINKE für eine Planungspolitik, die dem Flächenverbrauch Einhalt gebieten will: Es müssen mehr Freiflächen erhalten und geschaffen werden, die für die Verbesserung der Luftverhältnisse unerlässlich sind. Null Flächenverbrauch sollte dabei das Ziel sein. Die neue Regionalplanung des Landes für den Kreis lehnen wir daher ab und haben dies auch in den Gremien deutlich gemacht – fast alle anderen Parteien sahen das jedoch anders und tragen insofern eine

Mitschuld an der fortschreitenden Versiegelung von Flächen. Umbau im Bestand und Nachverdichtung von bestehenden Bebauungen für die Schaffung von – in einigen Gebieten gleichwohl dringend benötigtem – sozialem Wohnraum haben für uns Vorrang vor der Neuausweisung von Baugebieten, die dann häufig auch vom ÖPNV nur unzureichend erschlossen werden und so für weitere Umweltprobleme sorgen. Dringend notwendig ist aus unserer Sicht auch die stärkere Bürgerbeteiligung bei der Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen, um nicht nur Investoreninteressen zu berücksichtigen.

VII. Kooperation und Bildungsangebote

Wir unterstützen die Schaffung einer breiteren Öffentlichkeit für Belange des Natur- und Klimaschutzes. Entsprechende Bildungsinitiativen sollten stärker durch öffentliche, auch kommunale Mittel gefördert werden.

Abschließend möchten wir uns für die Zusendung Ihres Forderungskatalogs bedanken, den wir, wie hoffentlich deutlich geworden ist, zu großen Teilen unterstützen. Wir würden uns wünschen, dass Sie auch nach der Kommunalwahl am 13.09. den Druck auf die in den Räten und im Kreistag vertretenen Parteien hochhalten, um hier in unserem Kreis zu echten Fortschritten zu kommen.

gez. Thomas Bell
Fraktionsvorsitzender

gez. Franz Josef Mörsch jr.
stellvertr. Fraktionsvorsitzender